

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Übersetz-
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsblätter
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 286.

Montag, 10. Dezember 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßla, des Ausgabestellen, jeweils am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Unregelmäßigkeiten für die Remittanten des Ausgabestellen bis Sonntag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Falkenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Im Saale des Hotels zum „Kronprinz“ hier, sollen
Donnerstag, den 13. December 1894,
9 Uhr Vormittags,

eine Anzahl Holzpanntöfel, Porzibesen, Bürsten, Streichhölzer, 1 Flasche Tafelöl, 1 Saft Soda, 20 Kiesel Seife, 21 Büchsen- und 31 Packete Kaffeepulver, 1 Vogelbauer, 1 Cigarrenkasten, 1/2 Centner Johannisbrot u. A. m. gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.
Riesa, am 10. December 1894.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Estr. Sidam.

Bekanntmachung.

Die Walzen-, Wasser-, Sprengwagen-, Knack- und Kiesfahren für die städtischen Straßen im Jahre 1895 sollen vergeben werden.

Die Bedingungen sind beim Unterzeichneten zu erfragen.
Angebote sind bis **Mittwoch, den 12. December dieses Jahres Mittags 12 Uhr**, versiegelt, mit der Aufschrift „Städtische Fuhrn“ an den Unterzeichneten abzugeben.
Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.
Riesa, am 5. December 1894.

Der Vorsitzende des städtischen Bauausschusses.
H. A. Grundmann, Stadtrath.

Bekanntmachung.

Steinfuhren betreffend.

Die Anfuhr von 400 Kubikmeter **Gangiger Steinen** (Ablagerungsplatz: städtischer Bauhof, soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Die Umsturzvorlage

haben wir in letzter Nummer ihrem Wortlaute nach mitgeteilt. Die Beurteilung, die der Entwurf in den einzelnen tonangebenden Verorganen findet, spiegelt unser zerstückeltes Parteiwesen in seiner ganzen „Reinheit“ wieder. Die Blätter der Deutschkonservativen halten mit ihrem Urtheil noch zurück, auch die „Deutsche Landeszeitg.“ das Organ des „Bundes der Landwirthe“ will ihr endgültiges Urtheil noch nicht fällen, aber sie erklärt gleichwohl unumwunden, daß „die Vorlage unsere Erwartungen nach allen Richtungen hin getrübt hat.“ ... „Sollte die Vorlage, wie sie jetzt ist, wirklich Annahme finden, so fürchten wir, daß sie das, was sie will: die Abwehr der drohenden Umsturzgefahr, nicht erreichen wird, daß sie aber die freie Aussprache, die doch eine Nothwendigkeit im konstitutionellen Staate ist, gewaltig erschweren, ja unmöglich machen wird. Daß unsere erste Befürchtung nicht unbegründet ist, geht schon aus der fahlen Geringschätzung hervor, mit der das führende Organ der Sozialdemokratie den Entwurf behandelt.“

Das „Volk“, das dem Abgeordneten Stöcker nahesteht, schlägt einen längeren Artikel mit den Sätzen: „Ob die Umsturzvorlage der Sozialdemokratie auch nur einen ihrer bisherigen Anhänger rauben wird, ist uns zweifelhaft. Daß sie keinen mit der Noth des Lebens kämpfenden Bauern, Handwerker oder Beamten Hilfe bringen oder ihn gar vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie bewahren wird, ist sicher. Was unter diesen Umständen eine Vorlage soll, die übrigens auch ganz andere Leute wie die Sozialdemokraten und Anarchisten mit ihren Fingern bedroht, das mag die Weisheit Anderer beantworten.“ Die antisemitische „Staatsb.-Ztg.“ bezeichnet den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung als unannehmbar für Jeden, der das Recht der freien Meinungsäußerung nicht einfach aufgeben mag. Das sei kein Umsturzgesetz, sondern eine Knebelung von Wort und Schrift in unbegrenzter Weise. Der zweite Absatz des § 130 habe eine bedenkliche kauschulartige Fassung erhalten. Eine bedenkliche Rechtsunsicherheit würde Platz greifen, wenn man nicht mehr die auf manchesterlichen Theorien in wirtschaftlicher Beziehung aufgebaute Gesetzgebung bekämpfen könne.

Die „Germania“, das Berliner Organ der Zentrums-Partei, bemerkt zur Vorlage, die Straßandrohungen gegen Redner, Redakteure und Verfasser würden von der sozialdemokratischen Partei besser überstanden werden, als von allen anderen Parteien, weil die Sozialdemokraten die straflose Parteiorganisation und die reichste Parteikasse haben und auch reichliches Material an Persönlichkeiten für Sitzredakteure und eventuell sogar Sitzredner. Es werde zu Kommissionsberatungen kommen, die darüber entscheiden, was von der Vorlage ganz verworfen und was geändert, was gelassen und — was zugefügt wird. „Denn wird einmal überhaupt

auf diesem Gebiete etwas gethan, dann können doch z. B. noch einige Bestimmungen zum Schutze der Einnahme hinzukommen. Wir unsererseits werden noch im einzelnen betreffs der Vorlage prüfen, was prinzipiell zulässig ist oder nicht, was nützlich oder wenigstens durchschlagend nützlich und was gar schädlich ist.“ — Die deutschfreisinnige „Vossische Zeitung“ meint, die Umsturzvorlage zeigt ein Aussehen, daß man ihre unveränderte Annahme als ausgeschlossen, ihren Werth im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als verschwindend ansehen kann. — Das leitende Blatt der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, hat nur Hohn und Spott für die Vorlage und verachtet, daß die Bestimmungen, wenn sie Gesetz werden, der Sozialdemokratie nicht den geringsten Abbruch thun würden. — Die bedingungslose Zustimmung findet der Entwurf bei dem leitenden Organ der Nationalliberalen, der „National-Zeitung.“ Sie meint, daß kaum weniger vorgeschlagen werden konnte, und daß der Entwurf durchaus den Stempel der Rücksichtnahme trage, die während der Regierungskrisis eine so große Bedeutung erlangte. Die „National-Zeitung“ behauptet, daß der § 130 (öffentlicher Angriff gegen Religion, Monarchie, Ehe u.) nicht noch schärfer gefaßt worden ist. Mancher werde der Meinung sein, daß zu dem Zweck der Bekämpfung der schlimmsten Feinde des Nationalstaats zu wenig geschehe. — Im gleichen Sinne schreibt die „Nationalist. Korresp.“: „Im Allgemeinen wird man, vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten, anerkennen müssen, daß diese Vorschläge sich in sehr maßvollen Grenzen halten und das Gesetzentwurf über einen Angriff auf unsere „kämmerlichen“ Freiheitsrechte als maßlos übertrieben erscheinen lassen.“ — Auch die freikonservative „P.-Z.“ hält den Entwurf für „einen ersten und bedeutungsvollen Schritt in der Richtung, die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen als eine eminente Gefahr für die Existenz unserer Staats- und Rechts-Ordnung mit der auch für das Gewissen der weitesten Kreise laut vernehmbar Stimme des Gesetzes deutlich zu charakterisieren, und deshalb voller Zustimmung und kräftigster Unterstützung werth.“

Vertilgtes und Sächliches.

Riesa, 10. December 1894.

An die Bürgerschaft ergeht wiederum die Aufforderung, an die Wahlurne zu treten, um ihre Vertreter zu bestimmen, die in das Stadtverordneten-Collegium eintreten sollen, um die städtischen Interessen ohne Eigennutz mit zu beraten, zu wahren und zu fördern. Unser liebes Riesa hat in den letzten Jahren einen hoch erfreulichen Aufschwung genommen und nicht zum Wenigsten ist dies unseren städtischen Körperschaften zu verdanken. Jeder, der es mit unserer Stadt wirklich ehrlich meint, wird und kann nur wünschen, daß von den städtischen Collegien in bisheriger Weise das Wohl Riesa's weiter ge-

fordert werde. Möchten daher auch diesmal die Wahlen so ausfallen, daß sie unserem aufblühenden städtischen Gemeinwesen zum Segen gereichen, möge Jeder nur nach bestem Wissen und Gewissen wägen und wählen und Alle von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

— Tagesordnung für die öffentliche Stadtverordneten-Sitzung, Dienstag, den 11. December, nachmittags 6 Uhr.
1. Vorlegung der zwischen der Stadtgemeinde Riesa und den Herren Fiedler, Müller und Kühne über Abtretung von Land an der Poppitzer Straße zu Straßenbauzwecken abgeschlossenen Verträge. 2. Beschlußfassung über Bewilligung von 561 M. und 4220 M. zu Herstellung einer Sammelgrube und einer Schleufe wegen Beseitigung der Wasser-calamität an der unteren Schützenstraße. 3. Berathung der Voranschläge auf das Jahr 1895 für a. die Schullasse, b. die Garnison-lasse. 4. Rathschluß über Erwerbung der Mit-gliedschaft bei dem K. S. Alterthumsverein. 5. Kommun-alogen-Erlaß. 6. Restantenregulativ. — Rathsherrn: Herr Bürgermeister Köber, Herr Stadtrath Grundmann, Herr Stadtrath Niesel.

— Gestern früh 1/6 Uhr ist auf Lessner Platz eine Strohflechte, Herrn Gutsbesitzer Bennewitz daselbst gehörig, abgebrannt.

— Die gestern im Saale des Hotel Hüpfner stattge-fundene Ausstellung der Gewinne für die vom „Stammlich zum Kreuz“ zum Besten seiner Vereinszwecke veranstalteten Lotterie wurde sehr zahlreich besucht und allgemein fanden die Gewinne, die der lieben-würdigen Unterstützung der Sache durch die Einwohnerschaft zu verdanken waren, Anerkennung und Lob. Unter den Gewinnen befanden sich hochansehnliche Gegenstände und gar mancher Herzenswunsch wurde an Fortuna gerichtet. Der Hauptgewinn, ein prächtiger Tisch, fiel auf Nr. 1438. Mit regem Interesse folgte das zahl-reich anwesende Publikum der Ausloosung. — Die noch nicht-abgeholtten Gewinne können bis Freitag im Rath-keller er-hoben werden, worauf auch an dieser Stelle nochmals auf-merksam gemacht sei.

— Man schreibt uns: „Der Stadtrath hier, in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde der hiesigen Ortskrankenkasse, nahm am vergangenen Sonnabend eine Revision derselben vor, bestehend in dem üblichen Rassenstand und allgemeiner Einsichtnahme vom Stande der Geschäftsführung. Das auf-genommene Protokoll verlaublich ein befriedigendes Ergebnis.“

— Im Anschluß hieran erfahren wir noch Folgendes: Wie bekannt, fungirt Herr Müller seit 2 1/2 Jahren als Kassirer der Ortskrankenkasse. Seit 1. Januar d. J. bezieht er eine Gehaltszulage von 150 M. und für Ende dieses Jahres ward ihm eine Gratifikation von 125 Mark gewährt. Der Beschluß auf Bewährung dieser Gratifikation von 125 Mark ist aber von der vorgeordneten Behörde, dem Stadtrath, beanstandet